

P2 Wirtschaft im Wandel der Zeit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 14.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

1199 Wir leben nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in einer Zeit des
1200 Umbruchs. Die Industrialisierung prägte eine Zeit, in der immer mehr Menschen in
1201 großen Unternehmen arbeiteten und die Schwerindustrie und der Montankomplex die
1202 Grundlage der Volkswirtschaft bildeten. Diese Wirtschaft ist zum Teil mit der
1203 Umwelt und ihren Mitarbeitenden unverantwortlich umgegangen. Politische
1204 Rahmenbedingungen wie die Umsetzung des Pariser Klimaabkommen müssen dafür
1205 sorgen, diese jetzt schon schwindenden Industrien weiter zu reduzieren oder
1206 umwelt- und menschenfreundlich umzugestalten.

1207 Neuerungen der Wirtschaft ermöglichen

1208 In der öffentlichen Diskussion wird oftmals auch von dem schwammigen Begriff des
1209 Mittelstands gesprochen. Oftmals verstecken sich hinter diesem sympatisch
1210 wirkenden Begriff, der Unternehmen als familiär und nett darstellen soll, aber
1211 riesige Unternehmen mit einer gewaltigen Finanzkraft. Viele Unternehmen haben
1212 bereits erkannt, dass ein ökologisches Wirtschaften zukunftsorientiert ist, aber
1213 für einige sind Änderungen der politischen Rahmenbedingung notwendig, um diese
1214 zu ökologischem Wirtschaften zu bringen.

1215 Wir brauchen mehr *schöpferische Zerstörungen* im Sinne von Joseph Schumpeter für
1216 unser Wirtschaftssystem. Das bedeutet, dass durch neue Technologien, Ideen und
1217 Dienstleistungen das bisherige Wirtschaftsgleichgewicht "zerstört" wird und mit
1218 den neuen Technologien, Ideen und Dienstleistungen neu gebildet werden kann.

1219 Große Unternehmen wie Eon und Thyssen-Krupp wandeln sich kaum von selbst und
1220 behindern durch ihre Dominanz im Wirtschaftsmarkt eine *schöpferische Zerstörung*
1221 im grünen Sinne. Kleinere Unternehmen sind flexibler. Die Zukunft einer
1222 Wirtschaft in Zeiten des Wandels liegen in einer Kleinteiligkeit. Wir begrüßen
1223 daher auch die angedachte Aufspaltung von Thyssen.

1224 Außerdem haben riesige Unternehmen eine gewaltige Macht auf Politik, die wir mit
1225 großer Kritik sehen. RWE beispielsweise ist eng verflochten mit der
1226 Landesregierung und der Bezirksregierung. Diese Verflechtung wollen wir beenden.

1227 Wir setzen uns daher für eine Unvereinbarkeitsklausel von Aufsichtsratsposten
1228 u.a bei RWE und anderen dominierenden Unternehmen und Mandaten, sowie Ämtern in
1229 Land und Kommunen ein. Wir fordern die Kommunen auf, diese Marktmacht nicht
1230 länger zu stützen und Aktien von RWE abzustoßen.

1231 Wir sehen: Es braucht einen Wandel der Wirtschaft hin zu einer Kleinteiligkeit
1232 und Umweltfreundlichkeit. In der Digitalisierung sehen wir keinen romantischen
1233 Selbstzweck, sondern eine Chance diesen Wandel möglich zu machen.

1234 Wir wollen stärker Mini-Unternehmen fördern, indem wir beispielsweise andere,
1235 niedrigrige bürokratische Anforderungen an diese setzten. Die Kreativwirtschaft
1236 stellt für uns eine Wirtschaftsparte dar, die durch ihre Kombination aus
1237 Produktion und Konzeption kreative Impulse an das Gesamtwirtschaftssystem geben.
1238 Diese wollen wir stärker unterstützen.

1239 Durch eine verstärkte Veröffentlichung von Daten aus der Verwaltung (open-Data)
1240 wollen wir Start-Ups die Möglichkeit geben, sich zu gründen und beispielsweise
1241 Verkehrsführung effizienter zu gestalten.

1242 Das Gesundheits- und Sozialsystem ist auf große Unternehmen angelegt. In der
1243 Struktur von Renten- und Sozialkasse ist auf eine durchgängige Erwerbsbiografie
1244 angelegt. In Zeiten von kleinteiliger und mehr auf Kreativität (und folglich
1245 Kreativitätspausen) angelegten Wirtschaft müssen wir diese Prämissen für ein
1246 funktionierendes Sozialsystem überwinden. Erst dann werden mehr Menschen den
1247 Sprung wagen, ein kleines eigenes Unternehmen zu gründen.

1248 **Bestehende Unternehmen auf den grünen Weg begleiten**

1249 Die kapitalistisch-organisierte Wirtschaft ist dabei oftmals im eigenen
1250 Korsett der Gewinnmaximierung gefangen. Während besonders Aktienunternehmen
1251 darauf angelegt sind, möglichst schnell gute Zahlen zu liefern und sich damit
1252 von Quartalszahlen zu Quartalszahlen hangeln, sind langfristige Umbaumaßnahmen
1253 des Unternehmens nicht möglich ohne diesem kurzfristig zu schaden, da die
1254 momentane Gewinnmaximierung momentan höher bewertet wird als die nachhaltige
1255 Entwicklung von Unternehmen und Gesellschaft. Den Umbau des Mittelstandes der
1256 Wirtschaft zu gestalten bedeutet also auch, in der Gesellschaft für eine
1257 Akzeptanz des Umbaus zu werben. Große Gewinne und ein zeitgleicher grundlegender
1258 Umbau der Wirtschaft fallen in einem noch auf nicht-nachhaltiges Wirtschaften
1259 setzenden Kapitalismus noch selten zusammen. Den wirtschaftlichen Umbau auf eine
1260 smartesoziale und ökologische Geschäftspolitik wollen wir stärker fordern. Wir
1261 fordern ein staatliches Programm, dass den Umbauprozess besonders von kleinen
1262 Unternehmen fördert und den Unternehmen ermöglicht, ein Stück weit aus diesem
1263 Korsett zu entfliehen.

1264 **Falsche Anreize beenden und Lobbyismus bekämpfen!**

1265 Oftmals werden aber den Unternehmen auch staatlich die falschen Anreize gesetzt.
1266 Ein Umbau des Wirtschaftssystems kann daher nur durch eine Änderung der
1267 Wirtschaftspolitik erfolgen.

1268 Es gilt nach wie vor als Statussymbol, als Firma möglichst viele Dienstwagen zu
1269 stellen. Je teurer das Auto, desto wichtiger die*der Angestellte. "Natürlich"
1270 wird der Wagen alle zwei Jahre gewechselt. Seither fördert der Staat das
1271 steuerlich durch das Dienstwagenprivileg. Das ist fatal. So werden
1272 platzraubende, spritschluckende Autos immer weiter gefördert und ein riesiges
1273 Überangebot produziert. Wir wollen die Privilegien anders steuern. Unternehmen
1274 sollen diese Privilegien nur noch haben, wenn sie Carsharing für ihre
1275 Mitarbeitenden anbieten und eine reine Elektroflotte vorweisen können. Immer
1276 noch werden CO2-intensive Wirtschaftssparten intensiv gefördert. Wir setzen uns
1277 für einen schnellen Ausstieg aus der Kohle-Subvention ein und wollen auch die
1278 Diesel-Subventionen beenden. Die Zukunft liegt in einer Wirtschaft, die auf
1279 erneuerbare Energien setzt.

1280 Als gute Alternative zum Auto, fordern wir außerdem, dass Firmen und Unternehmen
1281 den Berufsweg mit dem öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr fördern und hierbei
1282 vom Staat unterstützt werden. Auch fordern wir, dass Netzkarten (ÖPNV) eine
1283 ernsthafte Alternative zu Dienstwagen werden.

1284 Ein Umbau der Wirtschaft bedarf Mut und politische Entscheidungen. Zu oft werden
1285 diese durch einen Einfluss der Unternehmen auf die Politik verhindert.
1286 Lobbyismus und Parteispenden prägen nach wie vor das politische Handeln von
1287 manchen Parteien. Wir setzen uns daher für ein transparentes Lobbyregister und
1288 eine Begrenzung von Lobbyismus ein. Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeit der
1289 Parteispenden auf natürliche Personen begrenzen.